



Klaus Lipps - Pariser Ring 39 - 76532 Baden-Baden

tel. 0722162224 - k.lipps@posteo.de

Sprecher des „Bundesarbeitsausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte“

Presseerklärung

Bundesweite Konferenz der Betroffenen des Radikalenerlasses von 1972 in Hannover zur Vorbereitung des 50. Jahrestages in Berlin

Aus der ganzen Bundesrepublik – zusammen mit einer großen Zahl von virtuell Teilnehmenden – hatten sich am 2. und 3. Juni ehemals Betroffene des Radikalenerlasses in den ver.di-Höfen in Hannover versammelt. Eingeladen hatte der Bundesarbeitsausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote, als Kooperationspartner traten dankenswerterweise das Bildungswerk ver.di Niedersachsen, die GEW Niedersachsen und die Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. auf. Zahlreiche Initiativen aus den (ehemals westdeutschen) Bundesländern waren vertreten.

Auftakt der Konferenz bildete am Mittwochabend ein Vortrag von Dr. Rolf Gössner, Jurist und Publizist, Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte. Gössner, selbst betroffen von über 40jähriger Bespitzelung durch den „Verfassungsschutz“, sprach über das Thema: *„Verfassungsschutz“ als Fremdkörper in der Demokratie? Geschichte, Praktiken und Skandale eines ideologischen Inlandsgeheimdienstes*“.

Er berichtete zunächst von seiner juristischen Gegenwehr gegen die jahrzehntelange Bespitzelung. Im Dezember 2020 hatte das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz festgestellt, dass seine Beobachtung von Anfang an rechtswidrig und „in handgreiflicher Weise unangemessen“ war, so dass nun alle über ihn gesammelten Daten zu löschen sind.

Auf der Grundlage von Gössners Analyse, zusammen mit den eigenen Erfahrungen der Berufsverbotebetroffenen, fordert die Konferenz u.A. erneut die Auflösung des Inlandsgeheimdienstes.

Ein Teil der am Donnerstag folgenden Konferenz widmete sich noch einmal diesem Thema. In einem Vortrag wurde die Möglichkeit vorgestellt, bei den Verfassungsschutzbehörden ein sogenanntes Auskunftersuchen zu stellen. Die Behörden sind dann verpflichtet, eine Zusammenfassung der gesammelten Daten an die beobachtete Person herauszugeben. Es wurden auch einige Beispiele von solchen Antworten verschiedener Landesämter für Verfassungsschutz präsentiert - so z.B. der Fall des langjährigen Tübinger Stadtrates Gerhard Bialas, der wegen seiner DKP-Mitgliedschaft seit nunmehr 70 Jahren vom baden-württembergischen Verfassungsschutz beobachtet wird. Ihm wurde sogar der Besuch einer Trauerfeier für einen verstorbenen Genossen vorgeworfen.

Weitere Beispiele zeigten, wie erschreckend niedrig die Schwelle ist, um als Linke*r als potentieller Verfassungsfeind zu gelten, der beobachtet werden müsse: Besuche von Weihnachtsfeiern antifaschistischer Gruppen, die Kandidatur für das Studierendenparlament auf einer laut Verfassungsschutz „extremistisch beeinflussten“ Liste oder das Anmelden einer Versammlung für die Organisation „Seebrücke“ zur Evakuierung von europäischen Flüchtlingslagern während der Corona-Pandemie reichten, um ins Visier der Überwacher zu geraten.

Bei erneuter Einführung einer Regelanfrage vor Einstellung in den öffentlichen Dienst könnten diese Informationen wieder für neue Berufsverbote genutzt werden.

Diese Beispiele sorgten dafür, dass viele der Teilnehmenden motiviert wurden, ihr Recht auf Auskunft wahrzunehmen und eine Löschung durchzusetzen. Auf der Website www.datenschmutz.de befindet sich ein Generator zur einfachen Erstellung von Auskunftersuchen.

Weiterer Konferenzschwerpunkt war, die vielfältigen, bereits angelaufenen Vorbereitungen für den 28. Januar 2022, den 50. Jahrestag des Radikalenerlasses, zu koordinieren, zu ergänzen und

Vereinbarungen für Aktionstage im Januar in Berlin zu treffen. Zahlreiche Vorkehrungen z.B. für eine zentrale Großveranstaltung mit Künstler*innen und Redner*innen wie Herta Däubler-Gmelin sind bereits getroffen.

Klaus Lipps, Sprecher des „Bundesarbeitsausschusses der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte“ äußerte sich am Ende sehr zufrieden mit den Fortschritten und Perspektiven für die kommenden Monate, in denen es gelingen soll, das vergessene und verdrängte Thema der Berufsverbote in der westdeutschen Bundesrepublik sichtbar zu machen. Dies sei besonders wichtig vor dem Hintergrund aktueller Tendenzen von Gesinnungskontrolle und Grundrechtseinschränkungen, sowie dem Erstarren rechter und nazistischer Strömungen.